

Hajo Funke

Die Entwicklung demokratischer Stadtgesellschaft – Rückblick auf 14 Jahre Bündnisarbeit gegen rechts in Oranienburg

Einleitung

Der aggressive Rechtsextremismus hatte in Oranienburg schon in der Spätphase der DDR zu schweren Straftaten geführt und sich nach der Wende als West-Ost-Produkt unter der Führung neonazistischer Kader enorm ausgeweitet. Kader aus West und Ost hatten die Erschütterungen der sozialen, politischen und kulturellen Transformation, insbesondere aber die Erfahrung sozialer Anomie und die daraus resultierenden Spannungen in Familie und Gesellschaft, vor allem unter Jugendlichen, in rechtsextremen Cliques rassistisch aufgeladen. Sie knüpften dabei an einen Bodensatz fremdenfeindlicher und rassistischer Einstellungen sowie an einen verbreiteten Autoritarismus an, der auch unter Teilen der politischen Elite zu finden war. Die ethnozentrisch durchgeführte Asyldebatte trug erheblich dazu bei. So konnte der Nährboden durch soziale Erschütterungen, Arbeitslosigkeit, das Fehlen an politischen Beteiligungschancen genutzt werden. Auf das Konto dieses neuen Rechtsextremismus gingen im folgenden Jahrzehnt der Brandanschlag auf die jüdische Baracke im Konzentrationslager Sachsenhausen 1992, schwerste Verletzungen von Menschen – seien es Asylbewerber oder Obdachlose – in Hennigsdorf oder Oranienburg. Dutzende von Gewalttaten folgten. Und noch 2002 fand unter dem Beifall von

Zuschauern eine Hetzjagd auf einen Tunesier mitten in Oranienburg statt.

Ich will im Folgenden die Entwicklung und den Verlauf einer der ältesten zivilgesellschaftlichen Initiativen in Oranienburg, des *Forums gegen Rassismus und rechte Gewalt* nachzeichnen. Ich beschreibe erstens die Startbedingungen des Forums Anfang 1997, seine Entwicklung, seine Zusammensetzung, seine Ziele und die Formen, mit denen versucht worden ist, diese Ziele als kleine Nichtregierungsorganisation umzusetzen. Ich frage zweitens in einer kurzen Zwischenbilanz, ob man von einem relativen Erfolg dieser Nichtregierungsorganisation sprechen kann und will drittens anhand der Defizite darauf hinweisen, dass nicht nur die Arbeit nicht zu Ende ist, sondern dass man zusammen mit der Stadtverwaltung und dem Fachbereich Jugend des Landkreises die Aktivitäten ausweiten könnte, um tatsächlich das Problem an der Wurzel zu packen.

Grenzen und Chancen des zivilgesellschaftlichen Forums gegen Rassismus und rechte Gewalt. Zur Entwicklung

Das Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt war 1997 gegründet worden als Versuch, gegen fremdenfeindliche und rassistische Haltungen einzutreten und sich um die prekäre Lage der wenigen Migranten zu kümmern. Anlass war die Fertigstellung der Diplomarbeit von Markus Kemper und Harald Klier über *Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg*. Sie hatten das große Ausmaß an rechtsextremer Gewalt seit 1993 in Interviews und Beobachtungen vor Ort aufgenommen und wollten von den Ergebnissen und den Folgerungen für eine Arbeit gegen Rassismus berichten; auch ich hatte im Rahmen eines Projekttagess von

einer knappen Hälfte einer Jahrgangsstufe eines Oranienburger Gymnasiums im November 1996 Thesen wie diese gehört: *Die Ausländer nehmen unsere Arbeitsplätze weg. Die Bosnier sollen nachhause und nicht unsere Sozialhilfe kassieren. Die Zigeuner haben mich angemacht. Die betteln und um die Ecke steht ihr Mercedes.* Nach einer damaligen Untersuchung (Sturzbecher) waren solche Einstellungen in Brandenburg bei über einem Drittel der Bevölkerung verbreitet. Noch gefährlicher war allerdings die hohe Gewaltbereitschaft eines Teils, insbesondere in rechten Szenen organisierter Jugendlicher.

Gleichwohl war damals das Bewusstsein, dass es hier ein Problem gebe, nicht verbreitet. Der damalige Ministerpräsident Stolpe hat lange Zeit – wie er später eingestand – trotz vielfacher bestürmender Einrede das Problem bagatellisiert. Erst nach langen Konflikten auch mit dem seinerzeitigen brandenburgischen Innenminister Schönbohm und seiner damals eher nationalkonservativen Ausrichtung entschied er sich etwa seit Mitte 2005 zu einem konsequenteren Handeln.

Wir gingen stattdessen davon aus, dass es in hohem Maße vom öffentlichen Klima und der kommunalen Politik vor Ort abhängt, ob es zu einer Aktivierung fremdenfeindlicher und rassistischer Einstellungen und schließlich zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen und Gewalttaten kommt oder aber dazu, solche Aktivitäten zu verhindern.

Die evangelische Kirche und die Freie Universität luden daher zu einem Forum gegen Rassismus ein. Etwa 100 Personen nahmen teil. Wir diskutierten mit Vertretern der Stadt, der Kirche und anderen die Herausforderung einer solchen Arbeit. Die örtliche Presse berichtete positiv von diesem gelungenen Start.

Dabei verstand sich das Forum von Anfang an als ein Zusammenschluss von Menschen, die eine klare Sprache wollten und fremdenfeindliche Gewalt als rassistisch verurteilten. Der Kern

der Aktiven umfasste selten mehr als fünf bis zehn Menschen; auf Grund ihrer Beharrlichkeit gibt es das Forum heute noch. An ihm nehmen Vertreter verschiedener Parteien aus dem Ort und dem Landkreis, vor allem Mitglieder der SPD, Die Linke und der Bündnisgrünen teil, mehr noch aber Bürger ohne Parteibindung und aus religiösen Kreisen. Es kommt zu punktueller Kooperation mit dem Fußballverein (außer dem einmaligen Treffen ist daraus leider nichts entstanden), mit Mittelständlern und nicht zuletzt mit der Gedenkstätte Sachsenhausen. Es ist mit geringen Mitteln offizieller Institutionen gelungen, jeweils einen Kern von vier bis sechs Aktiven zu bilden, die kreativ und aktiv sich den anhaltend großen Problemen in Sachen Menschenrechtslage, Jugendsituation und Öffentlichkeit widmen. Später ermöglichte es uns das Bundesprogramm CIVITAS, nicht nur ein Büro zu unterhalten, sondern – zeitweise – auch eine Vollzeitstelle zu besetzen. Außerdem konnten sehr viel mehr Aktivitäten durchgeführt werden, weil durch CIVITAS mehr Geld zur Verfügung stand.

Dass es das Forum noch gibt, hängt von den Aktiven ab, denen es gelingt, immer wieder neue Menschen zu unterschiedlichen Aktionen und der jährlichen Antirassismus-Demonstration um sich zu scharen: ich nenne nur wenige, die heute aktiv sind und deren Aktivität die Kontinuität dieses Forums prägt: Bernhard Fricke, ehemaliger Aktivist von Aktion Sühnezeichen und Pfarrer, Minette von Krosigk, die Jugendlichen Radioworkshops und das Projekt Stolpersteine immer wieder anbietet, Ralph Gabriel, der darauf achtet, dass die Gelder nicht nur ausgegeben, sondern auch korrekt abgerechnet werden, Reiner Tietz, einer der kontinuierlich besonders Aktiven und zugleich Mitglied des Kreistages, Gerrit Grosse, Abgeordnete des Brandenburgischen Landtages (sie arbeitet aber nicht mit, ist dem Forum aber sehr zugetan) und Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke, dessen frühe Entscheidung, sich für das Forum als damaliger und heutiger Bürgermeister von

Oranienburg einzusetzen, von hoher symbolischer und auch praktischer Bedeutung war und ist, und nicht zuletzt Simone Tetzlaff, die die Aktivitäten zur Hilfe und zum Schutz von Flüchtlingen aus dem Asylwohnheim bei Hennigsdorf vorangetrieben hat, ebenso wie Wera Quoss, mit ihren Aktivitäten im Hennigsdorfer Ratschlag und Angelika Stobinski von den Nordbahngemeinden und dem Kulturkreis Hohen Neuendorf.

1. Das Forum fordert in seinen Zielen *Respekt gegenüber Migranten* ein und unterstützt die Asylinitiative Stolpe Süd und den Hennigsdorfer Ratschlag in ihrem Bemühen, den Flüchtlingen würdige Lebensbedingungen zu ermöglichen, oft gegen Widerstand. Trotz des scharfen und inzwischen beigelegten Streits mit dem Landratsamt waren von Anfang an Vertreter der Parteien, die Flüchtlinge und Jugendliche, insbesondere der beiden Gymnasien dabei. Unsere erste Veröffentlichung trägt im Titel die Aussage einer Oranienburger Schülerin: *Ich will mich nicht daran gewöhnen. Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg (1998)*. Die öffentliche Präsenz des Themas durch Kirche und Printmedien trug dazu bei, dass das Thema nicht mehr als solches geleugnet werden konnte. Die *Berichterstattung* über die Aktivitäten gegenüber Asylflüchtlingen und der Kritik an jedem Rassismus war und ist kontinuierlich. Um die öffentliche Aufmerksamkeit zu unterstreichen, veranstaltet das Forum *mit anderen Gruppierungen* seither eine *Demonstration gegen Rassismus*, die bewusst an die furchtbaren Folgen des Rassismus in Südafrika, aber auch im Nationalsozialismus erinnert. Sie knüpft an eine gute Tradition aus der DDR-Zeit an, jeweils Ende März an das rassistische Massaker von Sharpeville unter dem totalitären Apartheid-Regime in Südafrika zu erinnern.

Zugleich ist es wichtig, an die *Auseinandersetzung mit der Stadtgeschichte* anzuknüpfen: Die *Demonstrationen* Ende März begannen seit 1997 im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und führten ins Zentrum von Oranienburg. Es gab zunächst erheblichen Widerstand gegen diese Verknüpfung von Teilen der Bevölkerung und natürlich von Rechtsextremen, die den Demonstrationenzug in den ersten Jahren aggressiv belauerten. Trotz der anfänglichen Reserviertheit eines Teils der Bevölkerung und des Widerstands auch etablierter Institutionen finden sie seit 13 Jahren regelmäßig statt. Es beteiligten sich in der Vergangenheit bis zu 400 Bürgerinnen und Bürger aus Oranienburg und Umgebung.

2. Dabei folgt die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus dem Verständnis, durch diese Erinnerung für *Verletzungen der Menschenwürde heute* zu sensibilisieren und den Anfängen, wo immer sie auftreten, gegenüber Migrantinnen aber ebenso auch gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft zu wehren. Dieser Versuch, aus der Geschichte zu lernen, richtet sich gegen Versuche einer Wiederholung der gescheiterten *Geschichte des Nationalsozialismus*, aber ebenso richtet er sich an die Verantwortlichen in Gesellschaft und Politik, auch die Anfänge von sozialer Vernachlässigung und Verachtung nicht zuzulassen und gegenüber den wenigen Migrantinnen eine zivile und sozial freundliche Atmosphäre zu entwickeln.

Dies ist in einer Stadt wie Oranienburg gar nicht so einfach. Denn diese Stadt hat zu beträchtlichen Teilen 1933 die NSDAP unterstützt. Es gibt nur wenige Orte in Deutschland, die in vergleichbarem Ausmaß von der NSDAP und vor allem von der SS dazu ausgewählt worden waren, zentrale Funktionen in der Entfesselung des Massenmords zu spielen: die

zentrale Leitung aller Konzentrationslager lag in Oranienburg, das Konzentrationslager selbst fraß sich gleichsam zunehmend in die Stadt. Und es enthielt das spätere Todeslager „Klinkerwerk“. Wie sehr der Nationalsozialismus als Zerstörungs- und Selbstzerstörungsprozess begriffen werden kann, lässt sich ebenfalls am Beispiel dieser Stadt aufzeigen. Insbesondere die industrielle Rüstungsproduktion, durch Zwangsarbeiter, vor allem aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen, führte dann zu einer der ausgedehntesten Bombardierungen in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Und nach 1945 konnte diese Geschichte noch weniger besprochen werden als in vergleichbaren Städten Westdeutschlands. Um so beeindruckender ist die große Resonanz der Verlegung von Stolpersteinen durch Minette von Krosigk mit ihren Oranienburger Schülerinnen und Schülern, die an das Schicksal jüdischer Bürger der Stadt erinnern.

3. Aber das wohl dringendste Problem damals und unter veränderten Bedingungen auch heute ist, wie man *Kinder und Jugendliche* davor schützt, dass sie ihre Frustration, ihre Probleme in der Pubertät oder ihre mangelnden Ausbildungs- und Berufsperspektiven in entsprechenden Szenen rassistisch aufladen und ihren Wutstau an in der Gesellschaft ohnehin schwachen Migrantinnen und Migranten oder jugendlichen Punks auslassen. Damals versuchten sie und ihre Kader, durch Drohungen und Aggressionen Teile des öffentlichen Raums für andere unpassierbar zu machen, das Gelände um den Bahnhof, oft die Uferräume des Lehnitz Sees, den Schlosspark und in und um bestimmte Kneipen herum. Gleichzeitig verstärkte sich das Bewusstsein und die Aktivitäten von Lehrern und Jugendorganisationen, die Konfrontation mit dem ideologischen Unsinn zu suchen und zugleich

an die nicht zerstörten, aber überdeckten sozialen und humanen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen für ein anderes nicht rassistisches Leben anzuknüpfen. Das wurde unter anderem einer der Schwerpunkte von Minette von Krosigk, die mit sozial benachteiligten Jugendlichen Projekte wie z. B. Radio- oder Theaterworkshops mit entsprechenden Themen entwickelte.

4. Für das Forum waren die genannten Aktivitäten zunächst *Pionierarbeit*. Das reichte von Besuchsregelungen, die es gegenüber der Verwaltung durchzukämpfen galt, für das *Aylbewerberheim*. Ebenso war in öffentlichen Streits überhaupt durchzusetzen, dass wir in Oranienburg, wie in Brandenburg insgesamt, mit der Fremdenfeindlichkeit und dem Rassismus ein Problem haben. Schülerinnen berichteten im Forum, dass sie aus Angst vor lauernden Skinheads auf Umwegen zum Forum gekommen waren und wo sie – wie am Lehnitz-See – von rechten Jugendlichen angemacht und bedroht wurden. Damals hatte man abends oder am Wochenende Angst vor den Rechten am Bahnhof von Oranienburg. Und war wenige Jahre zuvor von einer der neonazistischen Gewaltaktivisten die ehemalige Jüdische Baracke, die heute an die Ermordung der Juden in Sachsenhausen erinnert, einem Brandanschlag zum Opfer gefallen. Schon zu Zeiten der DDR galt Oranienburg als Ort neonazistischer Umtriebe. So lag es für viele nahe, darüber zu schweigen.

Aber noch in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre gab es bis auf den darin einzigartigen *Justizminister Bräutigam*, und den brandenburgischen Generalstaatsanwalt Rautenberg kaum jemanden, der wirksam und nachhaltig das Problem anzugehen bereit war. Das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wurde ebenfalls erst 1997

gegründet, das Tolerante Brandenburg 1998. *Erst ein halbes Jahrzehnt nach diesen Gründungen und mehr als ein Jahrzehnt nach der Etablierung des gewalttätigen Rechtsextremismus Anfang der 90er-Jahre, ab etwa 2003/2004 begann sich* das Klima sowie auch das Verhalten der örtlichen und regionalen Polizei zu verändern. Sie hatten sich in der Zwischenzeit nicht nur eine ähnliche Analyse der Gefahren durch rechtsextreme Strukturen zueigen gemacht, sondern auch vor Ort jene Flexibilität gezeigt, die es braucht, um als Polizei mit lokalen Initiativen, aber auch wichtigen kommunalen Institutionen zusammenzuarbeiten, um so die gefährliche Gewalt und die bedrohliche öffentliche Präsenz im Stadtbild einzudämmen und öffentliche Aktivitäten des Forums und der Stadt angemessen zu schützen.

Stärkere Präsenz an Bahnhöfen, besserer Schutz von Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere der Schutz von Migrantinnen und Migranten sowie aufsuchende Repressionsarbeit gegenüber Neonazis in deren Wohnungen und schließlich Verbote eindeutig neonazistischer Vereinigungen trugen dazu bei. Voraussetzung dafür waren nicht nur neue Richtlinien und Akzentsetzungen der Polizeipräsidien und des Innenministeriums des Landes, sondern auch die persönliche Überzeugung der Polizistinnen und Polizisten vor Ort, insbesondere der zuständigen, gestützt durch Öffentlichkeit und Bürgermeister, sich engagiert, beherzt und zugleich flexibel unserer Sache anzunehmen. Wie schwierig diese Phase seit 2002 insgesamt war, zeigt nicht zuletzt der von einer zweiten Untersuchung (*Ralph Gabriel u. a.: Futur Exakt. Jugendkultur in Oranienburg zwischen rechtsextremer Gewalt und demokratischem Engagement, Berlin 2004, 97 ff.*) genau recherchierte Hetzjagdvorfall in der Nacht des 13. August 2002 in der Berliner Straße, mitten in Oranienburg. Danach

ist ein Tunesier durch die Straßen von Oranienburg gehetzt worden und suchte den Schutz der Polizei, deren Türe verschlossen war. Er konnte sich mit aller Not noch in seine Privatwohnung retten. Mehr ein Glücksfall, dass er mit dem Leben und dem Schrecken davon gekommen war.¹

Als es 2006 dagegen erneut Hakenkreuzschmierereien in der Gedenkstätte des Konzentrationslagers Sachsenhausen gab, hatten andere Jugendliche das filmen können und zur Anzeige gebracht. In einem beschleunigten Verfahren wurden einschlägig Bekannte in wenigen Wochen zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Viele der Rechtsextremen, von denen wir wissen, sehen sich verstärkt dem Druck von Polizei und oder Eltern ausgesetzt. Inzwischen steht zum Schutz vor Angriffen durch Rechtsextreme am Bahnhof von Oranienburg i. d. R. ein Fahrzeug der Polizei oder des Bundesgrenzschutzes². Es war unsere gemeinsame Kritik über Jahre, dass es zu Fehlverhalten der Polizei und der Justiz gekommen ist. Der Rechtsstaat nimmt inzwischen seine Verpflichtung entschiedener wahr, Menschenrechte zu ermöglichen und zu sichern.

-
- 1 Es war der Polizei zunehmend wichtig auch in Kontakt mit dem Forum, die Demonstration zu schützen, die Gewalt rechtsextremer Gruppen und einzelner einzudämmen und schließlich seit etwa 2005 neonazistische Gruppen auch durch Hausbesuche sowie durch das Verbot einer so genannten Freien Kameradschaft unter Druck zu setzen und zum Teil zu zerschlagen. Der Staat hat die Aufgabe, sich vor die zu stellen, die durch fremdenfeindliche Gewalt gefährdet sind, und sie zu schützen. Er ist als Polizei oder Justiz dieser Aufgabe Mitte der neunziger Jahre viel zu oft nicht nachgekommen. Dies gilt zum Teil auch heute noch in Regionen, in denen *öffentliche Aufmerksamkeit, Zivilgesellschaft und Medien* schwächer ausgebildet sind und kein vergleichbarer politischer Prozess in Justiz und Polizei wie in Oranienburg stattgefunden hat. Inzwischen hat sich das Verhalten von Polizei und Justiz ausdrücklich und entschieden geändert.
 - 2 Wenn eine bestimmte Fraktion der „Antifa“ ausgerechnet dieses Fahrzeug angreift, verstärkt sie die Probleme, statt an ihrer Lösung mitzuwirken.

Zwischenbilanz. Erfolge nach 14 Jahren schwieriger Netzwerkarbeit. Die rassistische Gewalt in Oranienburg sinkt – und auch die Angst davor.³

Erst in den letzten Jahren ist der Beginn einer Wende im Kampf gegen den aggressiven Rechtsextremismus und seiner Strategie, kulturell ein völkisches Milieu eines organisierten Willens in der Stadt festzusetzen, zu verzeichnen. Endlich sinken im Jahr 2008

³ Auch 14 Jahre danach gibt es Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus. Die NPD bemüht sich weiter, in der Region Fuß zu fassen. Dennoch hat sich in dieser Kommune etwas verändert. In den neunziger Jahren hatte es wie schon in den späten achtziger Jahren brutale Gewalttaten einer z. T. neonazistischen Szene gegeben. Besonders Schwarze und Asylflüchtlinge wurden in Oranienburg wie in Hennigsdorf auf offener Straße verfolgt und angegriffen. Es gab weit in die neunziger Jahre hinein schwere Körperverletzungen durch rassistische Übergriffe: am Bahnhof von Hennigsdorf, am Bahnhof von Oranienburg, im Bereich des Schlossparks, am Lehnitzer See und anderswo. Erst in den letzten zwei bis drei Jahren lässt sich beobachten, dass das öffentliche Klima der Stadt trotz des Zuzugs von Kadern aus der NPD-Spitze in die Region dazu führt, dass das aggressive Auftreten neonazistisch inspirierter Gruppen und Einzelpersonen entscheidend zurückgeht. Zwar gibt es immer noch Gewaltakte, erst recht Propagandaakte und mäßige Wahlerfolge, aber das fast über ein Jahrzehnt lang beobachtbar aggressive bedrohliche Auftreten von Rechtsextremen und die damit verbundenen Gefahren in Oranienburg oder Hennigsdorf für Migranten, linke oder prominente öffentliche Personen ist offenkundig zurückgedrängt worden. Ihre scheinbare Macht in bestimmten Szenen ist fragmentiert, wenn nicht gebrochen.

Es gehört zu den größten Erfolgen der Gruppe um Simone Tetzlaff und dem Hennigsdorfer Ratschlag, dass es gelungen ist, einen Großteil der zuvor weitgehend isolierten und vielfach rassistisch bedrängten Flüchtlinge und Asylbewerber inzwischen insbesondere in Stadtteilen Hennigsdorfs mit eigenen Wohnungen zu versorgen.

Gleichwohl, die kommunalen Wahlergebnisse des Jahres 2008 liegen im Kreis Oberhavel mit 10.000 Stimmen und etwas über 3.000 Wählern bei 4,3 % für die NPD – und zwei Sitzen. Das ist nicht sehr viel, wenn auch leicht höher als der Durchschnitt von 3,4 % für die NPD. Es wäre noch viel höher ausgefallen, hätte es nicht eine außerordentlich starke Aktivität der demokratischen Parteien und eine Reihe zivilgesellschaftlicher Initiativen gegeben, auch mit Unterstützung des Forums, die das rechtsextreme Wahlverhalten eingeschränkt haben. Und nach wie vor reichen die fremdenfeindlichen Einstellungen bis zu einem Drittel der Bevölkerung in Brandenburg.

die Gewaltstraftaten auf nur acht im gesamten Kreis. Die Wahlergebnisse sind für eine Stadt wie Oranienburg ebenso wie für den Kreis Oberhavel mäßig. Selbst die rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen als einem zentralen Nährboden neben den sozialen Frustrationen nehmen wenn auch auf hohem Niveau leicht ab.⁴ Und die Rechtsextremen selbst teilen Experten schon einmal mit, dass ihr Kampf um ein völkisches Milieu verunsichert ist. „*Oranienburg, da sind doch die linken Zecken, da haben wir wenig Chancen.*“ So wenig das in Sprache und Inhalt von uns geteilt wird, zeigt es doch den Grad der Verunsicherung der rechtsextremen Szene – 17 Jahre nach den ersten Recherchen von Kemper und Klier, deren Diplomarbeit der Anlass zur Gründung des Forums gegen Rassismus und rechte Gewalt im Jahr 1997 war, knapp 14 Jahre nach seiner Gründung durch evangelische Kirche

4 Nach der Statistik rechter Gewalttaten in Brandenburg hat es – wie in Brandenburg auch – im Kreis Oberhavel eine Abnahme auf acht rechte Gewalttaten (2008) gegeben, insgesamt in Brandenburg 104, während in den Jahren zuvor die Zahl mit 140 (2005) und 159 (2006) höher lag.

Laut Pressekonferenz vom 13.3.2009 hat es 2008 im Schutzbereich Oberhavel insgesamt 108 Fälle von politisch motivierter Kriminalität rechts (PMK-rechts) gegeben.

Was das Wahlverhalten anlangt, liegt die Zahl derjenigen, die NPD und Rechte im Kreis Oberhavel gewählt haben, bei etwa 3.300 Wählern (2008), 4,3% und zwei Sitzen im Kreistag. Die Zahl der 3.300 Wähler liegt etwa doppelt so hoch wie im Jahr 2003 mit etwa 1.800 Wählern. Aufgrund der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit durch politische Parteien und zivilgesellschaftliche Initiativen sind die Ergebnisse im Kreis Oberhavel im Brandenburgischen Vergleich mäßig ausgefallen (insgesamt 3,4% in Brandenburg). Aber es fällt auf, dass die Wahlergebnisse in einer Reihe von Orten im Kreis zum Teil beträchtlich höher als 5% ausgefallen sind – nicht zuletzt in den Orten, die wir als Orte kennen, in denen rechtsextreme Szenen aktiv waren oder sind: Leegebruch bei Oranienburg mit 6,4%, Fürstenberg im Norden des Kreises mit 6,3% und Oranienburg selbst mit 5,8% sowie Velten mit 5,9%.

Schließlich fällt innerhalb der Stadt Oranienburg auf, dass insbesondere in der Mittelstadt in einzelnen Wahllokalen bis zu über 10% NPD gewählt haben (Förderschule St. Johannesberg). Kenner führen dies auf die angespannte soziale Lage in der Mittelstadt zurück. Hier ist die Zahl der Arbeitslosen höher, zugleich sind in leere Wohnungen konzentriert Russlanddeutsche einquartiert worden.

und unter Beteiligung des Bürgermeisters ist dies ein symbolischer und hoch bedeutsamer Schritt. Dank dafür gilt seither vor allem den Initiativen, der Stadtverwaltung und dem Fachbereich Jugend des Landkreises und in ihren Aktivitäten zur Förderung von Jugendlichen sowie dem neuen breit ausgerichteten von Bernhard Fricke organisierten Netzwerk für Demokratie. Der kulturelle Machtkampf⁵ um verunsicherte vor allem jugendliche Milieus mit Verbindungen zur NPD und Kameradschaftsnetzen kann – das zeigt die Veränderung der letzten Jahre – bestritten werden. Er wäre aber erst dann gewonnen, wenn sich die gemeinsamen Aktivitäten erstens stärker auf die Abwehr fremdenfeindlicher Einstellungen in Kindergärten, Schule und Öffentlichkeit richten, zweitens noch mehr und systematischer für die berufliche und private Perspektive von Jugendlichen getan wird und schließlich drittens, wenn die sozialökonomischen Verunsicherungen in ihren Auswirkungen kontrolliert werden können.

Zur Einschätzung des relativen Erfolges nach einer langen Durststrecke von fast zehn Jahren zitiere ich als Illustration die Rede der 35-jährigen Florence aus Kamerun, die aus politischen

5 Interessant ist, dass die Wahlergebnisse dort etwas höher sind, wo es lokal aktive Kader gibt oder es sich um soziale Brennpunkte handelt. Neben sozialen, politischen und kulturellen Ursachen ist das Ergebnis gleichwohl Resultat der Präsenz der rechtsextremistischen Partei. Ihre Agitation bezieht sich auf soziale und nationalistisch-fremdenfeindliche Themen. Sprüche und Parolen insbesondere der NPD in ihren Wahlprogrammen und ihrer Wahlkampfagitation lauten zum Beispiel so:

„Wir sind die Partei der Dagebliebenen (Mecklenburg-Vorpommern). Volksgemeinschaft statt multikulturellem Wahnsinn. Der Mensch als Gemeinschaftswesen. Das deutsche Volk als Grundlage der deutschen Volksgemeinschaft. Fünf-Punkteplan zur Rückführung der Ausländer in ihre Heimat. Schaffung eines nationalen Arbeitsplatzsicherungsgesetzes. Sofortige Ausgliederung der in Deutschland lebenden und beschäftigten Ausländer aus dem Deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem. Strikte Anwendung eines Ausländergesetzes zur Aufenthaltsbeschränkung. Gegen Globalisierung. Für eine Wirtschaft, die dem Volk dient und raumorientiert ist. Familie als Solidargemeinschaft. Gegen die multikulturelle Gesellschaft. Todesstrafe für Kindermörder. Nationalismus als Friedenssicherung.“

Gründen emigriert war und im Asylbewerberheim Stolpe Süd – in Hennigsdorf – Jahre hatte aushalten müssen. Ihr Beitrag war der Höhepunkt des zehnjährigen Geburtstags des Forums gegen Rassismus und rechte Gewalt in Oranienburg im Januar 2007.

„Ihr wisst, ich bin eine Kämpferin. Aber es kam ein Moment, wo ich mich aufgegeben habe. Im Ausländeramt sagte man hier: sie müssen weg. Das wäre mein Tod gewesen. Ich konnte nichts mehr sagen. Minette vom Forum, die mich begleiten durfte, hat verhandelt und verhandelt. Irgendwann gab es doch eine Lösung. Sie sehen, ich bin hier und studiere internationale Gesundheitswissenschaften in Berlin. Das habe ich Ihnen zu verdanken. Durch Ihre Hilfe und dadurch, dass Sie das Lächeln erwidert haben, immer wieder. Nicht nur mir gegenüber, sondern uns. Sie haben uns einen Raum dafür gegeben, die Angst auszudrücken. Und Sie haben uns Respekt gezeigt. Vor allem haben Sie uns ermutigt und das Gefühl vermittelt, die Erfahrung von Ohnmacht lässt sich doch ändern. Das ist etwas anderes, als mit uns Mitleid zu haben. Ich spreche für viele hier, die über Jahre im Asylheim waren und nun Wohnungen haben in Hennigsdorf oder in Berlin. Ihre Arbeit in den letzten zehn Jahren war nicht nutzlos. Obwohl sie es oft gefühlt haben mögen.“

Ausblick

Sisyphos, langer Atem und breite Bündnisse: So sehr man diese Arbeit als *Sisyphosarbeit* beschreiben kann, weil sie das Phänomen noch nicht gezähmt hat, so wichtig ist das Bewusstsein, dass gleichwohl mit diesem Bild verbunden ist: *Wir versuchen gemeinsam eine Gefahr aufzuhalten und haben darin immer wieder auch Erfolg.*

Das Klima in der Stadt – an den öffentlichen Plätzen am Bahnhof wie um den Schlossplatz und selbst am Lehnitz See hat sich entschieden verändert. Mehr Bürger als zuvor – dies ist

wichtig für die ostdeutschen Erfahrungen – sehen, dass statt des *TINA (There Is No Alternative)* – auch ein *TIAA (There Is An Alternative)*-Prinzip gibt. Die Erfahrung von vielen, dass man trotz oder besser gerade wegen des *langen Atem man endlich eine reale Veränderung des politischen Klimas* der Stadt beobachten kann, ist ein Beleg für den Erfolg der Arbeit des Forums. Aber das Forum hatte nie die Ressourcen, die Stadtpolitik wesentlich zu bestimmen. Darum aber ginge es, wollte man den Rechtsextremismus an der Wurzel packen. Dann müsste sich eine ganze Stadt auf Ziele der *Menschenrechtsarbeit* verständigen, die *politische und soziale Anerkennung, eine gegenseitige Integration der in ihr Wohnenden, vor allem der Jugendlichen, und die Konfrontation mit dem ideologischen und strategischen Absichten neonationalsozialistischer Ideologen und Gruppen* wollen.⁶

6 So verschieden die Bedingungen vor Ort sind, entscheidend sind die Aktivitäten in der Kommune als einem zentralen *Ort des politischen Willens, ein Klima der kompromisslosen Konfrontation mit rechtsextremen Strukturen und Denken zu entwickeln und eine Jugend-, Ausbildungs- und Sozialpolitik zu betreiben, die Jugendliche wie Bürger insgesamt anspricht und zu integrieren vermag*. Da, wo dies nicht gleichzeitig geschieht, kann nicht davon gesprochen werden, dass das Problem des Rechtsextremismus an der Wurzel angegangen wird. Die Arbeit kann erst dann als gelungen und erfolgreich angesehen werden, wenn es gelingt die Wende gegen Rechtsextreme zu verstetigen und die Rechtsextremen zu isolieren. Dies bedeutet, die Aktivitäten für eine soziale und demokratische Stadt entschieden zu verstärken. Erst dann kann man hoffen, und auch das wäre realistisch, dass wir mit den ersten Hinweisen auf eine Schwächung des Rechtsextremismus in der Stadt den Anfang vom Ende des kulturellen Kampfes um einen organisierten Willen des völkischen Milieus beobachten können. Aber wie gesagt, dazu bedarf es des guten Willens aller an einer sozialen und demokratischen Stadt Interessierten und nicht nur einzelner zivilgesellschaftlicher Initiativen.